

Das Wirtschaftswort der Magyaren

Das Buch vertritt entschieden die österreichisch-ungarische Zollereinheit, und zwar nicht nur vom österreichischen, sondern ebenso vom ungarischen Standpunkt aus. Es widerspricht durchaus den beiden Grundanschauungen radikaler magyarischer Wirtschaftspolitiker, daß nämlich die alte Zwischenzoll-Linie dem Zwecke gedient habe, die Entwicklung der österreichischen Industrie auf Kosten der ungarischen zu heben, und daß ein neuer Zwischenzoll anderer Art nötig sei, um der ungarischen Volkswirtschaft die rechte Blüte zu bringen. In Wahrheit hat, so legt Sieghart dar, die zollpolitische Regelung aus dem Vormärz im Grunde überhaupt keine volkswirtschaftliche, sondern nur eine finanzielle Funktion gehabt; die Zollgemeinschaft mit Oesterreich aber hat Ungarns wirtschaftliche Kraft gewaltig gesteigert, und sie allein wird ihren weiteren Aufschwung sichern. In dem engen Rahmen Ungarns konnte das Listische Ideal nicht erfüllt werden; erst Oesterreich und Ungarn zusammen bilden für den Ausbau eines modernen Industriestaats ein gerade noch genügend großes Konsumgebiet; getrennt würden sie zu unfertigen Mittelmächten herabsinken, die zwischen dem deutschen, dem italienischen und dem russischen Wirtschaftsgebiet zur Machtlosigkeit verurteilt wären. Die Zoll- und Rechtsgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn ist darum „die erste und ausschlaggebende Bedingung für den wirtschaftlichen Aufschwung beider Staatsgebiete gewesen; sie ist in einem Zeitalter, dessen Hauptmerkmal die Wirtschaftlichkeit ist, zugleich das primum et essentialia dieses Staatswesens überhaupt“. Für die Landwirtschaft liegt es ja auf der Hand, wie ideal für sie ein Zustand gewesen sein muß, der ihr zwei Vorteile zugleich gewährte, die einander sonst ausschließen: den freien Zutritt zum österreichischen Markt und auf diesem Markt außerdem die volle Preisprämie der Agrarzölle. Aber auch die Industrie hat, wie das Sieghart'sche Buch darlegt, bedeutende Fortschritte gemacht und wenn ihre Entwicklung, absolut betrachtet, hinter der in Oesterreich weit zurückbleibt, so hat sich doch immerhin — auch dies widerspricht der allgemeinen Auffassung in Ungarn — der Abstand zwischen der ungarischen und der österreichischen Industrie verringert. Sollte man aber wirklich retrospektiv über den Segen oder Unsegen der Zollgemeinschaft noch zweifelhaft sein, so schafft doch das sechzigjährige Bestehen der Gemeinschaft für die Zukunft eine unwiderrufliche Tatsache. Wie will man die Volkswirtschaften zweier Länder, die so aufs innigste miteinander verwachsen und ineinander verschmolzen sind, trennen, ohne daß beide, zum mindesten langsam, verbluten?

Allen diesen Erwägungen und Erfahrungen verschließen die magyarischen Anhänger der Zolltrennung ihr Ohr. Es tritt für sie zurück hinter dem einen, der Vorstellung von der Reichtum spendenden Zaubermacht der Industrie und des modernen Kapitalismus, zu deren Entfaltung es einer selbständigen ungarischen Wirtschaftspolitik und eines Zollschutzes gegen Oesterreich bedürfe. Die tiefste Quelle für die Anziehungskraft des Gedankens der Zolltrennung liegt freilich anderswo; sie liegt außerhalb aller wirtschaftlichen Gesichtspunkte auf dem politisch-staatlichen Boden. Für das magyarische Bewußtsein ist das selbständige Wirtschaftsgebiet ein Symbol der absoluten staatlichen Unabhängigkeit, des ungarischen Volkstaates, der das nationale Ideal fast aller Magyaren ist. Die Verbindung der wirtschaftlichen mit diesen hochpolitischen Momenten ist es, die eine Verständigung über die zollpolitischen Fragen von jeher so schwer gemacht und das Urteil über sie so verwirrt hat. Seit dem achtzehnten Jahrhundert erschien der Kampf der ungarischen Stände gegen den Staat als ein Kampf der „Nation“ gegen „Wien“, und die notgedrungene Abwehrpolitik Wiens weckte in Ungarn maßlose Erbitterung, als wäre es wirklich der Wiener Politik ausschließlich darauf angekommen, Ungarn politisch zu germanisieren und wirtschaftlich als Kolonialland auszubeuten. Die Stände selbst gerieten allmählich immer mehr in die westeuropäische Vorstellungswelt des nationalen Freiheitskampfes gegen den Absolutismus, und diese Gedanken wurden schließlich so mächtig über sie, daß der führende Teil des Adels willig auf die Privilegien verzichtete, die ursprünglich der eigentliche Kern des Streites gewesen waren. Soll jetzt in der Frage des ungarischen Wirtschaftsgebietes wieder einmal die politische Idee die wirtschaftlichen Ueberlegungen besiegen? Das Interesse der in Ungarn herrschenden Schicht des grundbesitzenden Adels steht der zollpolitischen Trennung durchaus entgegen; trotzdem hat die Tendenz der Schaffung eines selbständigen Zollgebiets in den letzten zehn Jahren unverkennbar an Intensität gewonnen, und fast sieht es so aus, als wolle sie aus einer überwiegend agitatorischen eine praktisch politische Forderung werden. Damit könnte das Magyarentum eines Tages vor eine sehr gefährliche Alternative gestellt werden; aber — anders als bei der Aufhebung des Steuerprivilegs —, dann würde nicht nur über das Interesse einer Klasse, sondern über die wirtschaftliche Zukunft der ganzen Nation die Entscheidung fallen.

Es fragt sich, was den Magyaren letzten Endes das Wichtigste ist: wollen sie in erster Linie und um jeden Preis den ungarischen Volkstaat und das in diesem Postulat einbegriﬀene selbständige, durch autonome Zölle geschützte Wirtschaftsgebiet, dann müssen sie auf die Vorteile des österreichisch-ungarischen Großbetriebes, vor allem den österreichischen Markt und Kredit, verzichten. Wollen sie aber diese Vorteile sich wahren und somit die Wirtschaftsgemeinschaft aufrechterhalten, so ist es ein gefährliches Spiel, dauernd die Idee der wirtschaftlichen Selbständigkeit als Pressionsmittel gegen Oesterreich oder zu Zwecken der innerpolitischen Taktik zu benutzen. Die junge Bewegung zur Schaffung eines Wirtschaftsbundes zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland hat allerdings in der Vorstellung ungarischer Wirtschaftspolitiker noch eine dritte Möglichkeit eröffnet, die gewissermaßen die Quadratur des Kreises wäre. Wenn der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsbund zustande käme und innerhalb des großen Wirtschaftsgebietes eine ungarische Unterabteilung, geschützt durch Zwischenzölle, sich bildete, hätte Ungarn dann nicht die doppelte Sicherung, die bisher schon seiner Landwirtschaft beschieden war, auch für seine Industrieerrungen: die Sicherung vor der österreichischen Konkurrenz und die Bevorzugung auf dem österreichischen Markt. hätte

es dann nicht beides, den Großbetrieb und die Selbständigkeit? Der Gedanke ist fein, aber vielleicht zu fein; denn ist es denkbar, daß die Oesterreicher auf ihn eingehen werden? Werden ihn nicht vielmehr aller Wahrscheinlichkeit nach auch diejenigen Oesterreicher ablehnen, die die Rechte und die Unabhängigkeit Ungarns durchaus anerkennen und vollkommen einverstanden damit sind, wenn innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes die reichen Möglichkeiten ungarischer Industrieförderung nach Kräften ausgenützt werden?